

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — 150 Nummern.

Leipzig, den 23. September 1919

Einzelheftpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Lohnangelegenheiten 20 Pf., die sonstigen 15 Pf.; Anzeigen- und alle sonstigen Anzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

№ 188

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Frühere Zusammenschlußbestrebungen

Es braucht alles seine Zeit. Die Verhältnisse müssen erst zu einem gewissen Reifegrad geführt haben. Die Entwicklung läßt sich nicht einfach überspringen. In untern Tagen, wo die schwierigsten wirtschaftlichen Probleme von weder verstandesgemäß denkenden noch handelnden Leuten automatisch zur Lösung gebracht werden möchten, ist das besonders zu beachten, und in welchem Maße gilt das auch von den Zusammenschlußbestrebungen im graphischen Gewerbe. Viele sind schon ziemlich alt und haben weniger den guten Willen, als die tatsächlichen Schwierigkeiten bis jetzt gegen sich gehabt. Viele bestanden in mangelhafter Ausreifung der Organisationen und in den gar zu abweichenden Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaften im graphischen Gewerbe mühten sich erst selbst mehr durchleben und damit die Arbeitsverhältnisse auf einen Stand bringen, der ein Näherkommen und Zusammengehen weit eher ermöglicht. Viele Vorbedingungen sind im wesentlichen ausgebaute Zentralorganisationen und eine sich möglichst annähernde Regelung von Lohn, Arbeitszeit sowie Begrenzung des Arbeitsgebietes von Gelehrten und Ungelernten, usw. In langer und schwerer aufbauender Gewerkschaftsarbeit ist nun eine Gruppe erreicht worden, die in Verbindung mit der auch im graphischen Gewerbe stärker fortschreitenden Betriebskonzentration leistungsfähigere, alle Absichten zu verwirklichen, auch weil neue Notwendigkeiten dazu drängen.

Unser selbstevidenter Neunkundenkampf 1891/92 hatte zu der ja nobelgelagerten Erkenntnis geführt, den zusammenhaltenden Unternehmertum eine zusammenlebende Arbeiterchaft entgegenzusetzen. Der Gedanke war gut, aber die Voraussetzungen kannten, wie sich bald herausstellte, noch nicht als gegeben angesehen werden. Der erste deutsche Gewerkschaftskongress im März 1892 sah auch eine ganze Anzahl von Spezialkongressen neben sich, die dem Zwecke der Schaffung von größeren Organisationen veränderter Verweise dienen sollten. Die damals noch große Bedeutung habenden Lokalorganisationen waren aber strikte Gegner der Zentralverbände, wie sie auch von den mit befristeten Unionen oder Industriereverbänden nicht wollen wollten. Ihr politischer Realismus ließ sie auch gewerkschaftlich an der der Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz aufgezwungenen Dezentralisation festhalten. Die allermeisten dieser Spezialkongresse verliefen durch den Widerstand der Lokalkisten daher ergebnislos.

Die graphische Gruppe war am wenigsten durch solche Gegenfälle geföhrt; an ihren Verhandlungen nahmen 13 Vertreter der Buchdrucker, drei der Buchbinder, vier der Lithographen und Steindruckere und einer der Tapendruckere (auch für die Formstecher) teil. Der graphische Spezialkongress kam auch am besten zum Ziele, man erklärte sich im Prinzip für die Bildung einer Graphischen Union durch Annahme folgender Resolution:

Die am 16. März 1892 in Halberstadt versammelten Vertreter der graphischen Berufe verpflichteten sich, in ihren Organisationen dahin zu wirken, daß als erster Schritt eines engeren Zusammenschlusses ein gleichmäßiger Beitrag an eine gemeinsame Kasse entrichtet wird, aus welcher in noch besonders zu bestimmenden Fällen und Modalitäten Mittel zur Förderung der gemeinsamen Interessen an die dem Kartell angehörenden Organisationen zu gewähren sind. Die Grundzüge einer engeren Verschmelzung sind von den einzelnen Generalversammlungen festzusetzen, deren Verwirklichung bleibt einer späteren Beratung der Vertreter der kartellierten Organisationen vorbehalten. Die Beschlüsse derjenigen Organisation, deren Generalversammlung zunächst stattfindet, dienen als Grundlage für die Beratung der Generalversammlungen der übrigen Organisationen.

Während in den andern Gruppen tagungen die Lokalkisten zumeist demonstrativ die Beratungen verließen, kam die graphische ungeführt zu einem einstimmigen Plane. Das wollte viel heißen. Es wurden 5 Pf. als wöchentlich Beitrag an die gemeinsame Kasse in Aussicht genommen, die am 1. Januar 1913 ins Leben treten sollte.

Daß auf dem graphischen Spezialkongress in Halberstadt sich nicht die Schwierigkeiten einstellten wie bei den meisten übrigen, lag daran, daß der Gedanke einer Graphischen Union bereits lebhaft diskutiert war. Die

Generalkommission der Gewerkschaften propagierte vor dem Kongress stark solche Zusammenschlüsse und hatte dazu Richtlinien aufgestellt. Die Buchbinder befreundeten sich sehr damit und machten in ihrem Organ als erste Stimmung für die Gründung einer Graphischen Union, auch ihr vor dem Halberstädter Kongress abgehaltener Verbandsrat war dafür eingetreten. Die Redaktion des „Korr.“ entwarf darauf am 2. März ein Bild im Großen von der zu gründenden Graphischen Union. Wenn man diesen Artikel mit seinen auch ins einzelne dringenden organisatorischen Vorschlägen liest, muß man sich wieder Organisatorienaleien zuerkennen. Er ging weiter wie die Buchbinder, die u. a. nur Kämpfe für Verhütung der Arbeitszeit und gegen Lohnreduktion von der Union aus unterstützt wissen wollten, und zwar erst dann, wenn die Verbände schon erschöpft seien. Der „Korr.“ wollte mit der Graphischen Union weit mehr bezwecken, ohne die einzelnen Verbände aufzugeben, die vielmehr die Grundlage der Union bilden sollten. Der hübsche Plan sah auch ein gratis zu verlegendes Unionsblatt vor, wozu der „Korr.“ mit einer seiner wöchentlichen Nummern dienen sollte, was anscheinend schon das Einverständnis der Verbandsleitung hatte.

Wir können uns jetzt nicht näher mit diesem grohen Plane befassen, müssen aber sagen, daß der von dem halleschen Kollegen in Nr. 108 veröffentlichte Entwurf zu einer Graphischen Union einfacher auszuführen wäre, wenn es gelang, eine einheitliche Gabelteilung herbeizuführen. Die neue Zeit mit ihren andern Verhältnissen läßt eben eine andre Gestaltung zu; manches, was das hallesche Projekt schwer ausführbar gemacht haben würde, kommt jetzt von vornherein in Fortfall. Darin liegt der Beweis für unsere Behauptung zu Einigung, daß die Verhältnisse sich nicht über das Alte brechen lassen.

Gleich schrieb zum Schluß: „Sollern die Idee der Industriereverbände überhaupt ausführbar ist, werden sich solche auf dem hier vertretenen Wege der Union entwickeln.“ Nun, der Nürnberger Gewerkschaftskongress 1910 hat sich in klarer Erkenntnis der Dinge noch nicht aufzulockern vermocht, den Industriereverband als die gewiesene Organisationsform vorzuschreiben. Die Branchenorganisationen oder Berufsverbände sind auch weiter zulässig. Daß die Rielenindustriereverbände nicht immer ein Fortschritt in spezifisch gewerkschaftlicher Beziehung sind, ist seit langem am Metallarbeiterverband erkennbar.

Was der graphische Spezialkongress am 16. März 1892 beschloß, war eine Abwägung sowohl der im „Korr.“ wie in der „Buchbindergeltung“ entwickelten Vorschläge. Man wollte sich nicht zwei auf einmal vornehmen. Die graphische Kartelle trat hiernach mehrfach in die Erscheinung und sind zum Teil bis heute als lose Verbandsorganisationen beibehalten worden. Es fehlte aber das zusammenfassende, fördernde und richtunggebende Moment, weshalb nicht viel aus ihnen geworden ist. Schuld der Buchdrucker ist es, wie Rehbauer in seiner 1900 erschienenen kleinen Schrift über untern Verband sagt, aber nicht gewesen, daß es nicht zu einer Graphischen Union kommen wollte. In der Einleitung haben wir die Hauptgründe angegeben.

Sektes Zusammenfassungbestrebungen bei Arbeitern und Unternehmern im graphischen Gewerbe

Nachdem mit dem Kriegsende durchaus nicht das große wirtschaftliche Elend aufgehört, viel eher Verschärfung gefunden und zahllose Lohnbewegungen der Arbeiterchaft hervorgerufen hat, darunter auch solche mit weniger berechtigten Forderungen und manchmal untauglichen Mitteln, macht sich auch bei dem Unternehmertum ein Zug geltend, über die Grenzen der eigenen Organisation hinausreichende Koalitionen zu bilden. Allerdings erfolgt das nicht minder infolge der zunehmenden Vereinigung von graphischen Betriebszweigen zu einem Unternehmen. Es folgt bei solchen Firmen eine Lohnbewegung der andern, weil eben die verschiedenen Berufe vertreten sind. Andererseits kommen die früheren Streikabwehrorganisationen der Unternehmer auch im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe in Aufnahme, die jedoch nicht allein dem Zwecke der Abwehr dienen werden. Ob sie sich auf die andern Unternehmerorganisationen im graphischen Gewerbe ebenfalls übertragen, sofern ähnliche Einrichtungen nicht überhaupt schon bestehen, wird sich bald zeigen.

Aber die eigentlichen Unternehmerorganisationen im gesamten graphischen Gewerbe geben wir zu einem späteren Zeitpunkt einmal einen Überblick. Geht sei nur aus Nr. 93 wiederholt, daß der Arbeitgeberverband für das deutsche

Zeitungsgewerbe seit kurzem eine Kartellierung der Setzungsverlegerorganisationen darstellt, daß ein Bund der graphischen Gewerbe Wirtensbars und Badens inzwischen wohl über das Gründungsstadium hinausgekommen sein wird, und daß in Bielefeld schon Ende v. J. die graphischen Unternehmer sich zum Zusammenschließen haben. Die Vereinigung der papierverarbeitenden Industrien und der Reichsausschuß für die Papierindustrie und das Papierfach sind auch neue Gebilde aus den Jahren 1917 und 1918. Inwieweit sie als Kartellverbände für die graphischen Gewerkschaften in Betracht kommen werden, muß sich erst noch zeigen; unsere Prinzipale sind sehr daran nicht beteiligt.

Auf Arbeiterseite sind gegenwärtig in bedeutendem Maße Regungen und zum Teil auch praktische Schritte im Gange, den engeren Zusammenschluß der Organisationen im graphischen Gewerbe in Fuß zu bringen. Dabei stellen wir die Bestrebungen von unabhängiger kommunikativer Seite auf Gründung eines Graphischen Industrieverbandes nach den Prinzipien des „reinen Käsegedankens“ und die Herausgabe des in Leipzig erscheinenden und von der Druckerei der „Leipziger Volksgeltung“ hergestellten „Graphischen Blattes“ für eine geländerte Behandlung an dieser Stelle zurück. Wir verweisen einleitend auf den Verammlungsbericht in dieser Nummer aus Berlin, also vor acht Tagen in einer Art Urabstimmung die Kollegenchaft in ganz entschiedener Weise und großer Einmütigkeit solche Zerstückelungsabsichten verworfen hat, worüber die Berliner unabhängige „Freiheit“ unter der Aufschrift „Buchdrucker, erkennt die Gefahr!“ sehr verständliche Entfaltung zum Ausdruck brachte, nachdem sie in diesem Jahre mit Elser am Werke war, die Berliner Kollegenchaft für die von ihr in dieser Beziehung verfolgten Pläne zu gewinnen und jeden zweifelhaften Erfolg zu einem grohen Sieg aufgebaut hatte. Der „Vorwärts“ dagegen leidet die nun ganz ungewöhnliche Stellungnahme der Berliner Buchdrucker als eine Demonstration für die gewerkschaftliche Einheitsfront, was auch in bezug auf die Tarifvertragspolitik gilt. Der gleichfalls solche destruktiven Tendenzen energisch abweisende Artikel „Graphische Union“ in Nr. 108 des „Korr.“ sei ebenfalls in diesem Zusammenhang erwähnt; es wird auch darauf noch eingegangen werden. Daß in der neuen Reichs- und Slowakei auch schon Zerlegungsbewegungen solcher Art angehen haben und dort ebenso nachdrücklich verurteilt werden, ist in voriger Nummer unter der Auslandsrubrik nachzulesen.

Mit den Buchdruckern beginnend, können wir mitteilen, daß zum Teil noch die graphischen Kartelle aus früherer Zeit in Wirklichkeit sind, so in Berlin und Leipzig. Während der Kriegsdauer waren sie weniger tätig. In Stuttgart wird es ähnlich stehen wie auch in andern Großstädten noch. In Dresden wurde vor einiger Zeit das Graphische Kartell wieder ins Leben zurückgerufen. In Bielefeld ist man schon Ende November 1918 anlässlich zu treffender Maßnahmen für die Übergangszeit zu einem Zusammengehen gekommen, auch mit der Arbeitgebern; es ist dort ein Graphisches Arbeitsamt in Funktion. In Hannover erklärte man sich am 20. März in Anbetracht der grohen Betriebe für Zusammengehen. In Halberstadt traten unsere Kollegen im ersten Vierteljahre 1919 der Gründung eines Graphischen Kartells näher. In Erfurt kamen Anfang Mai die graphischen Arbeiter zu gemeinsamen Schritten zusammen. München hat seit dem vergangenen Monat eine reguläre Verbindung der graphischen Betriebsräte; es soll ein spezielles Organ („Der Betriebsrat“) erscheinen. In Darmstadt hat man seit 2. August einen graphischen Zweigverband in Angriff genommen. In Breslau stimmten unsere Kollegen am 17. August der Gründung eines Graphischen Kartells auf ziemlich breiter Basis zu. Es ist bestimmt noch an weiteren Orten zu derartigen Zusammenfassungen gekommen, nur lassen das die in diesem Jahr erschienenen Verammlungsberichte nicht genauer erkennen. Jedenfalls muß in Zukunft dieser Entwicklung in den drücklichen Berichten leicht ersichtlicher gedacht werden. Es zeigt sich aber an der knappen Aufzählung bereits, daß die Buchdrucker bereit sind, unter Wahrung ihrer organisatorischen Selbstständigkeit und der ihrer Verbandsrichtungen zu einem erproblichen Zusammenarbeiten mit den andern graphischen Verbänden zu kommen. Unsere Verbandsleitung fördert unter dieser Voraussetzung Bestrebungen solcher Art ausdrücklich.

Die Buchbinder haben zu ihrem Verbandsrat — bei den Lithographen und Steindruckern wird es bald ebenso sein — in erheblicher Anzahl Anträge auf Zusammenfassung mit den andern graphischen Arbeitern gehabt; einen gra-

plischen Industrieverband herbeizuführen beantragten Berlin, Bremen, Hamburg-Altona, Kassel, Magdeburg, Mannheim-Ludwigshafen und Zwickau sowie Einzelmitglieder noch; Hannover wünscht ein graphisches Kartell auf zentraler Grundlage, eventuell Gründung eines graphischen Industrieverbandes; Kassel ein graphisches Kartell Deutschlands; Düsseldorf einen graphischen Zentralverband, mindestens aber eine Kampfgemeinschaft der graphischen Gewerkschaften. Bei den Ende Juli und Anfang August in Würzburg stattgefundenen Beratungen, die anerkanntermaßen durch das starke Hervortreten einer mehr von politischen Gesichtspunkten orientierten zahlreichen Opposition wenig fruchtbar verliefen, kamen unüberdenkbar die Buchdrucker in der Zusammenfassung nicht gerade auf weg. Der Vorstandsvorsitzer Kardor betonte die Notwendigkeit einer größeren Zusammenarbeit der graphischen Organisationen, ebenso bestärkte eine ganze Anzahl von Rednern regeres Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Gewerkschaften. Als der Vertreter der Schwager vom Stein (Hah) bedauerte, daß ein engeres Verhältnis der graphischen Organisationen noch nicht möglich wäre und dem Egoismus wie dem Partikularismus der einzelnen Berufe die Schuld daran zuschob, kamen lebhaftige Zurufe: „Buchdrucker!“ Es ist nicht ersichtlich, daß Hah gerade uns gemeint hat; ist das seine Auffassung, so wäre sie nur falsch und unbedeutend. Hah sagte aber dann den Buchbindern, der Verlauf ihres Verbandstags frage nicht dazu bei, die Annäherung zu fördern; keine der vorliegenden Resolutionen zeige einen gangbaren Weg, zu einer Vereinigung der graphischen Organisationen zu kommen. Pucher, der neue Vorsitzende der Hilfsarbeiter, führte aus, die recht verschiedenartig gelagerten Verhältnisse ließen noch nicht zu einem graphischen Industrieverbande kommen. Man würde diesem aber näherkommen, wenn die graphischen Organisationen auf die Höhe des Buchdruckerverbandes gebracht würden. Bei diesem sei es nicht böser Wille, wenn er der Frage skeptisch gegenüberstehe, sondern die organisatorische und tarifliche Lage spiele bei ihm eine beachtliche Rolle, auch die destruktiven Tendenzen in den Gewerkschaften mögen für die Buchdrucker nicht verloschen sein. Pucher hat damit im allgemeinen recht, aber unser Skeptizismus läßt uns, wie wiederholt unter dieser Rubrik dargestellt, brauchbaren Wegen in der Zusammenfassung durchaus nicht abgeneigt sein. Es sei noch bemerkt, daß wegen einer mehrbändigen Kommissionslösung des Tarifauschusses unter Verband in Würzburg leider nicht vertieft sein konnte. Einstimmige Annahme fand der Antrag Hannover:

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit den übrigen Verbänden im graphischen Gewerbe Verbindungen anzubahnen zum Zwecke der Bildung eines graphischen Kartells auf zentraler Grundlage, eventuell Gründung eines graphischen Industrieverbandes.

Alle anderen Anträge erledigten sich dadurch. Man schlug also einen Mittelweg ein, worüber schon eine informelle Aussprache unter den Verbandsvorsitzenden stattgefunden hat.

Geht man die graphischen Verbandsblätter durch, so nehmen die Buchdrucker unbestreitbar den Vorrang in der Diskussion über den Zusammenbau im graphischen Gewerbe auf Arbeitervorteile ein. Das ist sowohl von der Zahl der Artikel darüber wie von deren Inhalt zu sagen. Es ist aber zu konstatieren, daß die anderen Organe von der Debatte bei uns aufmerksam Zeugnis nehmen; so brachte die „Graphische Presse“ am 12. September den Artikel eines Leipziger Kollegen aus Nr. 101 des „Korr.“ vollständig zum Abdruck.

Der „Korr.“ enthielt in Nr. 89 einen Artikel „Zusammenbau in dem graphischen Gewerbe“ von einem Berliner Kollegen. In Nr. 101 beantwortete ein Leipziger Kollege unter der Überschrift „Warum graphischer Industrieverband?“ einen solchen in der Weise, daß die allen mit den jüngeren Berufsverbänden zusammengehen und einen Grundlohn für gelernte und ungelernte Arbeiter erwirken sollten, der je nach der übertragenen Verantwortung im Produktionsprozeß erhöht werden müsse. In Nr. 106 gibt ein Duisburger Kollege die Parole aus: „Schließt die Pbalanz!“ Er hat dabei Interessengemeinschaften durch graphische Kartelle im Auge und bezweckt eine geschlossene Kampffront aller im graphischen Gewerbe Tätigen; also nicht nach den Gesichtspunkten des „reinen“ Rätesystems und auch nicht nach der einseitigen Marschroute der Unabhängigen oder der Kommunistischen Partei. In Nr. 108 unternahm ein Kasselischer Kollege den großen Wurf mit dem vollständigen Programm und Organisationsaufbau für eine Graphische Union. Wir lenken nochmals die Aufmerksamkeit auf diesen vielbeachtenden Artikel, über den sich noch zu reden lassen wird (auch in Zusammenhang mit dem zum Teil parallel gehenden Artikel des Kollegen Schmidt — siehe Nr. 89 — in Berlin); es handelt sich zweifellos um ein gelungenes Gegenstück zu dem zerstückelnden Graphischen Industrieverband und „Graphischen Bloch“ Berlin/Leipziger und unabhängige-kommunistischer Herkunft. Mit der in Nr. 108 benannten neuen Rubrik „Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe“ glaubt die Redaktion den abschließenden Behauptungen auf dem Buchdruckerverbandstag über die Buchdrucker zum Trost den Beweis anzutreten, daß wir mit dem bitterreichen Landsturm handelsgraphischen Landgedankens absolut nicht vergleichbar sind, vielmehr die Führung zu übernehmen gedenken in dem nunmehr bestimmt zur Lösung kommenden Problem, wie die graphischen Gewerkschaften, Arbeiter und Betriebsräte planvoll eine Einheitsfront bilden können.

Wegen dringender anderer Geschäfte muß die Rubrik auf kurze Zeit ausgesetzt werden. Wenn sie wieder erscheint, wird mit den in Berlin, Leipzig, Halle a. d. S. und Stuttgart in Vorkonferenzen gemachten

Offenbarungen über die neue Bestimmung mit einem Räteindustrieverbande Befassung erfolgen und der namentlich in Berlin schon länger gehende Mißbrauch mit dem Räteemalen Beleuchtung erfahren. Die Kollegenchaft soll genau erfahren, was alles dahinter steht. Wir hoffen, daß auch anderwärts dergleichen Propagandaveranstaltungen mit den nützlichsten Bekanntheits- in a Halle (Nr. 108) von unsern Kollegen die geringe Beachtung finden werden, wie es in Leipzig, Halle und Stuttgart der Fall gewesen ist. Noch besser sind jedoch Stellungnahmen wie die von rund 8000 Berliner Kollegen in den elf überfüllten Bezirksversammlungen am 15. September, die den von der „Freiheit“ bejubelten „vollen Erfolg“ der Opposition vom 1. September in das gerade Gegenteil verwanandelt haben. Das schafft Klarheit! Die „Freiheit“ allerdings versucht in ihrem Schmeize noch weiter zu verwalten, indem sie in der Abendausgabe vom 19. September einen besonderen Artikel „Die Leipziger Buchdrucker gegen die Kartellgemeinscha!“ bringt, von „am Freitag“ beschloßen spricht und augenscheinlich ihn zum Ausspielen von Leipzig gegen Berlin benutzen möchte. Daß es sich dabei um die bereits am Freitag, dem 5. September, abgehaltene Versammlung, worüber mit Berlin zusammen am 13. September im „Korr.“ berichtet worden ist unter gleichzeitiger Kommentierung beider Beschlüsse im Leitartikel derselben Nummer, handelt, das verheißt wohlweislich die verdorrte „Freiheit“. Nach dem Eindruck, den die Berliner Bezirksversammlungen schon nach den Mitteilungen in Berliner Zeitungen hervorgerufen haben in Leipzig, könnte sie nicht unwahrscheinlicherweise von Leipzig nun ähnliches erleben wie von Berlin am 15. September.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Ein Wort zur Sozialisierung

Kein Thema unserer Tage ist so wichtig und brennend wie gerade dieses. Vermöge seiner mißverständlichen Auslegung ist es zum Schlagwort geworden; nicht zum Vorteil seiner übergroßen Bedeutung. Wie viele führen es im Mund und rufen täglich danach! Wie halten sie fest an dem Glauben einer unmittelbaren Zirkung der Vergesellschaftung. Fragt man aber nach Aus- und Weiterführung, da beruft man sich auf die Führer; sie werden es schon schaffen. Darin liegt die Wahrheit, wie wenig die Allgemeinheit ihren Sinn erfasst hat, und zugleich das Eingeständnis der Verhöhnung ihrer großen Schwierigkeiten, die sich bei der Vermittlung zeigen.

Auf diesem Wege kommen wir dem Ziele nicht näher! Wir müssen uns vor allem darin einig sein, daß die Sozialisierung nicht ein Werk von Wochen und Monaten sein kann. Wir müssen Sorge tragen, daß der Gedanke bei den Führern überhaupt erst einmal richtig Fuß fass. Sier bietet sich noch reichlich lohnende Arbeit. Solange selbst unter diesen noch Unklarheiten herrschen, solange wird uns auch ein nennenswerter Erfolg versagt bleiben. Durchgreifende Ausbildung der Führer und dann Erziehung der Massen sind bitter notwendig. Ein solches Gebiet braucht tüchtige, erfahrene Männer.

Zu gewaltig ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis, als daß man das richtige Verständnis zur Lösung dieses bedeutenden Problems ohne weiteres allgemein voraussetzen kann. Zu weiterführend eine Bewegung, deren Endziel in der Befreiung von Millionen und Abermillionen Proletariats aus kapitalistischer Ausbeutung und Unterjochung liegt. Hier gilt es ein Stück Weltgeschichte beizugehen, das tiefer eingewurzelt ist, als man oberflächlich glaubt.

Wehe darum uns, wenn wir mit rauber Gewalt planlos einzureißen versuchen, was wir nur durch emsige Mitarbeit aller unter Führung besonders Berufener systematisch abbauen können! Wir haben durchaus kein Interesse daran, denen nicht weh zu tun, die uns bis heute nie nach einem menschenwürdigen Auskommen befragten, aber großes Interesse an dem geordneten Weiterbestehen der regelrechten Gütererzeugung und -verteilung; gerade wir in Deutschland, deren Lebenseristenz davon abhängt.

Bisher war es so, daß der Anteil des Arbeiters am Produkt in den Händen des Unternehmers zu einem Teile seines Betriebskapitals wurde, also zum Profit. Ihm selbst blieb nur der geringe Arbeitslohn. Wenn es hieß, daß Unternehmensgewinn als Risikoprämie volkswirtschaftlich berechtigt sei und für einzelne Zweige der treibende Hebel war, daß es kein Äquivalent dafür gäbe, nichts Ausschließendes und Erhebendes, so geben wir das nur insoweit zu, daß dieser Unternehmer nicht ein einzelner sein darf, sondern die Gesamtheit, und vor allem die, die den Gewinn durch ihrer Hände Arbeit erschafft. Zum Teil ist das heute schon dort erreicht, wo Personen nicht mehr an der Spitze von Unternehmungen stehen, wo nur das Kapital arbeitet, das aber von Rechts wegen dem Staate, der Gesellschaft gehört. Das vollkommen zu erreichen, ist und soll ja der Zweck der erstrebten Sozialisierung sein, in deren Endpunkt endlich auch die Disharmonie mit der rabikalen Strömung wieder auflöst.

Man hat die berechtigete Hoffnung auf Erfüllung dieser Notwendigkeit auf die zur Zeit herrschende sozialistische Regierung gesetzt, aber was ist es denn, was sie, der man auf keinen Fall den guten Willen zur Tat absprechen darf, zur Dornhant verurteilt? Keine andre kann es besser machen, solange sie noch auf die im alten System stehenden Geheimräte angewiesen ist. Dem alten Staate sind nur die Spitzen abgehoben worden, die ganze Verwaltungsorganisationsstruktur ist geblieben. Alle Verweh-

der alten Staatslenkung hängen auch der neuen Regierung. Ist das nicht eine Entschädigung ihrer Schwäche? Noch nichts ist ohne Schmerzen geboren; so müssen wir uns auch damit abfinden als mit einer historischen Tatsache. Womit wird weiter denn die Mißbefolge unserer Revolution überhaupt zu erklären, von der sich jeder mehr versprochen hat, obwohl wir ihre Vorteile nicht verkennen? Nur Theorie und Praxis! Wer ist unter uns, der die Schwierigkeiten ihrer Durchführung vorausgesehen hat?

Wir müssen uns eingestehen, daß alle die Möglichkeiten und Hoffnungen nicht eingetreten sind, mit denen wir rechneten. Mit eigenen vereinten Kräften müssen wir die Entwicklung zu fördern suchen und dazu ist eben mehr nötig als eine deutsche Revolution —

Die Wege ebnen, indem wir Führer und Massen erziehen und dann dort beginnen, wo es nicht zum Nachteile der Volkswirtschaft geschieht. Die Industrie ist die letzte, die sozialisiert werden kann, vor allem die, die noch individuellste geteilt wird. Die Wirtschaft aber muß weitergehen, denn von ihr lebt unser Volk heute mehr als je zu einer früheren Zeit. Sie darf nicht unterbrochen werden durch wilde und politische Streiks, die gerade heute der Gesamtheit mehr schaden, als dem einzelnen Nutzen bringen. Laßt den politischen Gedanken ihren Gang, zieht sie nicht auf das wirtschaftliche Gebiet!

Bis zum Endziel aber laßt uns den alten Grundfab aufgeben: alles zu verneinen, nichts zu tun und wieder zu verneinen. Nur auf diese Weise haben wir die Unzuliebeheit abgezogen. Die Massen sind enttäuscht in ihren Hoffnungen auf die Revolution, von der sie ihr Heil erwarteten. Sie laufen jetzt denn nach, die ihnen mehr versprochen (ob sie es halten können?) und heben denen den Rücken, die den stärkeren Verhältnissen unterlegen sind.

Unser ganzes Leben legt sich vom ersten Tag an aus Kompromissen zusammen, die stets beiden Kontrahenten Vorteile bringen und eventuelle Nachteile ertragen lassen. Ich nenne nur als Beispiel die Völker unserer Völkchen. Wir fragen uns verwundert, warum sie uns nicht gleich sind im Denken, warum sie unsre Ideen nicht voll und ganz teilen. Wir müssen eben lernen, uns in anderer Lage zu verstehen — eine Erkenntnis, die uns Deutschen auch so schwer fällt. Wir haben nun erkannt was wir nicht glauben nötig zu haben. Nur so sind die Gegensätze zu erklären, von denen wir hoffen, daß sie nicht beständig sind. Wir dürfen aber der andern Verhalten nicht verurteilen, sondern es zu begreifen versuchen. Das ist der beste Weg aus Internationalen.

Uns geht das Gemeinwohl über alles. Wir wollen unsre Kräfte nicht zerstückeln, wovon nur das Unternehmertum den Vorteil hat, den es weidlich auszunutzen versteht. Sein Lachen darf uns nicht schmerzhaft werden. Einig müssen wir sein in wirtschaftlichen Fragen. Schon wir doch nicht immer zu anderen, sondern bleiben wir bei uns. Die Zeit ist doch vorbei, wo es immer nur bei der Nachbarkompagnie das bessere Essen gab. Durch solche Wirrnisse ergeben wir nie die Indifferenten. Die Masse bekommt die bestehenden Uneinigigkeiten auch einmal satt und verliert so viel Interesse. Wir haben absolut keine Ursache, uns an solche zu halten, die vor und während des Krieges nie organisiert waren und uns jetzt vielleicht durch Augenbinderfolge über sind. Sie sind nicht aus Aberglauben so bewußte Proletarier geworden, für die sie sich halten — es sind die Nutznießer untrer jahrelangen Kämpfe. Ob sie in der so dringenden notwendigen Kleinarbeit viel nütze sind, steht dahin. In den Tagen zum allgemeinen Wohl ist eine Organisation zu bemessen, nicht an ihrer zahlenmäßigen Stärke.

Wägen die Ansichten über die Wege zum gemeinsamen Ziele weit auseinandergehen, das eine steht für alle Teile fest, daß unsre Produktion gesteigert werden muß. Es soll hier nicht einseitig zur Arbeit aufgerufen sein, aber die Bedingungen dazu zu erleichtern durch Einführung kurzfristiger allgemeiner Reichstarife für alle Berufsstände bis zur endgültigen Übernahme der Produktion durch die Gesellschaft, erfordert unser ganzes Interesse und ist die Aufgabe untrer nächsten Tage; durch sie gewinnen wir Zeit, uns vorzubereiten auf die gewaltigen Aufgaben, die allen gestellt sind.

Darum Kollegen, nicht den Mut verlieren, wenn auch das große, hehre Ziel nicht morgen schon erreicht wird! Laßt den Vorwurf nicht auf euch beruhen, daß wir im Zeitalter der Unterbrunnen leben. Hier gilt das allgemeine Wohl. Wenn es auch scheint, als habe heute der Unternehmer noch den Vorteil, so ist dem doch nicht so. Der Zeitpunkt läßt sich nicht bestimmen, an dem wir die Produktion selbst in die Hände nehmen, wann er aber kommt, dann soll er uns gestülft finden. Dann wollen wir die Erfolge untrer Mühen ernten und eine glücklichere, frohe Zeit sei unrer Lobn.

Es helfe jeder mit am großen Werke!
Leipzig. Artur Morga.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Die Berliner Kollegenchaft beschloß sich in elf überfüllten Bezirksversammlungen, die von rund 8000 Kollegen besucht waren, mit dem Vorhinein von der Kartellabschließung und den neuen Steuerungsanlagen. Die Debatte richtete sich hauptsächlich gegen die in der letzten Generalversammlung mit geringer Mehrheit gefasste Resolution, die sich gegen die Tarif- und Lohnpolitik des Verbandes ausgesprach. In der Nacharbeiter-versammlung wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 14. September 1919 im „Stuhbau“ tagende Nacharbeiter-versammlung erklärt die in der letzten

Generalversammlung gefasste Resolution nicht als Ausdruck des gesamten Delegiertenkörpers, da bei Vorname der Abstimmung weit über die Hälfte der Versammlungsbesucher den Saal verlassen hatte.

Die Versammlung erklärt ihre Unzufriedenheit mit der ungenügenden Erhöhung der Feuerzuzulage, die durch die immer mehr steigenden Preise für die Lebenshaltung fast aufgehoben wird. Sie verurteilt das mangelnde soziale Gefühl der Unternehmerklasse, die die unzureichende Lohnerhöhung erst vom 1. Oktober 1919 ab in Kraft treten läßt. Andererseits erkennt die Versammlung an, daß die Gewerkschaften unter den schwierigen Verhältnissen die Interessen der Gewerkschaft nach bestem Können gewahrt haben, fordert aber vom Gewerkschaftsvorstand, daß beide Körperlichkeiten sowie alle in Frage kommenden Tarifinstitutionen sich mehr dem Geiste der Neuzeit anpassen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit dahin streben, daß das zur Beratung stehende Tarifvertragsgesetz mehr als es die Regelungsvorlage vorseht, besonders im Sinne des Mitbestimmungsrechts, zugunsten der Kollegenchaft ausgebaut wird.

Im diesen Bestrebungen unserer Vertreter mehr Nachdruck zu verleihen, fordert die Versammlung die Kollegen der verschiedenen politischen Richtungen auf, den verwerflichen Bruderkrieg aufzugeben und von der Zersplitterung der Gewerkschaften abzulassen. Ebenso wie sich die Versammlung aufs schärfste gegen eine Diktatur von rechts wendet, verurteilt sie auch eine Diktatur von links und betont, daß sich jeder gewerkschaftlich und politisch aufgeklärte Arbeiter gegen eine jede Diktatur zu wenden hat, da einer solchen jede Festigung des Sozialismus abgesprochen werden muß. Die Gewerkschaften sind so auszugestalten, daß sie, auf demokratischer Grundlage stehend, zu wahren Kampforganisationen gegen den Kapitalismus werden, nicht aber zu Zusammenschlüssen politischer Leidenschaften für verantwortungslose Elemente, denen es weniger um die Hebung der wirtschaftlichen Interessen, als um Verletzung politischer Sonderinteressen und das Un-Bevorzugtwerden ihrer Person zu tun ist.

Die Versammlung lehnt die Bildung des graphischen Blochs unbedingt ab und stellt sich nur auf den Boden des Verbandes, den man als die alleinige berufliche Interessenvertretung der Gewerkschaft ansieht.

Die übrigen gegen Besitze nahmen teils einstimmig, teils gegen wenige Stimmen folgende Resolution an:

Die Bezirksversammlung empfiehlt der Generalversammlung die nachstehende Resolution zur Annahme: Die am 15. September folgende Bezirksversammlung des Vereines der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer stimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß noch immer die Prinzipale den Forderungen der Gewerkschaft unversöhnlichen Widerstand entgegenstellen. Sie erklärt jedoch, daß sie auf den durch Jahrzehnte bewährten Prinzipien des gewerkschaftlichen Kampfes verharren zu wollen und lehnt die Treiberischen unverantwortlichen Elemente, die nur auf die Zerschlagung der Gewerkschaften abzielen, ganz entschieden ab.

Ausgeschlossen verurteilt wurde der sogenannte Graphische Bloch, der nur dazu angelegt ist, Zersplitterung in die Reihen der Kollegenchaft zu tragen. In der teilweise recht heftigen Debatte kam zum Ausdruck, daß der Beschluß der Generalversammlung die Meinung der Berliner Kollegenchaft durchaus nicht wiedergibt und nur dadurch aufkommen konnte, daß der vorgerichteten Zeit wegen sich der größte Teil der Kollegen bereits entfernt hatte.

M. Düsseldorf. Die hiesige Hilfsarbeiterchaft hatte der Prinzipalität einen Tarifvertragsentwurf eingereicht, um endlich einmal die so misslichen Lohnverhältnisse mit den Mägen der Zeit in etwas in Einklang zu bringen. Zunächst wollten die Prinzipale überhaupt nicht verhandeln, bevor das Resultat der Tarifverhandlungen der Buchdrucker bekannt war. Als es dennoch zu Verhandlungen kam, stellten die Prinzipale die Forderung, den christlichen Graphischen Zentralverband als gleichberechtigten Kontrahenten hinzuzuziehen. Dies wurde vom Hilfsarbeiterverband abgelehnt, da der christliche Verband ganze zehn Mitglieder hat gegenüber 400 des Hilfsarbeiterverbandes. Nunmehr schloßen die Verhandlungen, und zwei Tage später traten die Hilfsarbeiter in den Streik, wodurch den Forderungen das Erreichen unmöglich wurde, und auch in den andern Druckereien kam es zu Betriebsstörungen, da die Maschinenmeister selbstverständlich jede Streikarbeit ablehnten. Statt nun den einzig vernünftigen Weg zu gehen und zu einer Verständigung mit den Hilfsarbeitern zu kommen, glaubte man es mit einem Bluff versehen zu können: Am Wochenende wurde allen Gehilfen fast sämtlicher Druckereien gekündigt, „da ein Ende des Hilfsarbeiterstreiks nicht abzusehen ist“. Nachdem andern Tags durch Vermittlung der Behörden die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, und die Prinzipale sich gezwungen sahen, auf die Gleichberechtigung der Christlichen zu verzichten, war die erste Forderung der Hilfsarbeiter die Zurücknahme der Kündigungen der Gehilfen, was denn sofort geschah. Inzwischen ist ein Tarifvertrag für die Hilfsarbeiter abgeschlossen worden, der für Männliche Löhne bis zu 90 Mk. und für Weibliche Löhne bis zu 50 Mk. wöchentlich vorliegt. Demnach der Einkünfte der gesamten Arbeiterchaft im graphischen Gewerbe wurde der Erfolg der Hilfsarbeiter gesichert und der Prinzipalität eine Niederlage bereitet. — Am 1. September fand eine Versammlung statt, um den Bericht des Gewerkschafters Albrecht (Köln) über die Tarifausgleichung entgegenzunehmen. In einstimmiger Vorlage gab er ein Bild von den Beratungen, dessen Ergebnis er ausführlich erläuterte. Welcher Beifall lohnte ihm am Schluß seiner Ausführungen. Die eingehende Diskussion war sehr reg. Allgemein wurde keine Befriedigung über das Ergebnis empfunden. Eine

Resolution, die die Ablehnung der Abmachungen verlangte, wurde jedoch abgelehnt, und eine andre Resolution angenommen, die sich vorläufig einverstanden erklärt, ohne anzuerkennen, daß die beschlossenen Erhöhungen genügen zur Erfüllung eines menschenwürdigen Lebens. Den Gehilfenvertretern wurde Anerkennung für ihre Arbeit ausgesprochen. Im Anschluß hieran nahm noch der Gewerkschaftsvorstand des Hilfsarbeiterverbandes das Wort, um den Kollegen den Dank des Hilfsarbeiterverbandes für die Unterstützung anlässlich ihres Streiks auszusprechen. — Das diesjährige Jubiläum wurde durch einen Ausflug nach dem benachbarten Unterbach am 24. August begangen. Trotz der Unbill des Wetters hatte sich eine große Anzahl Kollegen mit ihren Angehörigen dort eingefunden, wo jung und alt sich einige Stunden vergnügten, und wobei der Gesangsverein „Gulenberg“ einige Lieder zu Gehör brachte.

Magdeburg. Nachdem in einer außerordentlichen Ortsvereinsversammlung ein Antrag, für Magdeburg ein Existenzminimum von 125 Mk. wöchentlich zu fordern, einstimmig angenommen und dem Gehilfenvertreter für die Tarifausgleichung übermittlelt war, mußte es die hiesige Gewerkschaft geradezu als eine Herausforderung empfinden, als der Antrag der Prinzipale auf Abbau der Feuerzuzulagen bekannt wurde. In einer Zeit, in der eine sorgfältige Verteuerung der wichtigsten Bedarfsartikel zu versehen ist, die jedenfalls ihren Höhepunkt noch nicht einmal erreicht hat, einen derartigen Antrag einzubringen, mußte ja heftige Empörung entfachen. Telegraphisch und per Gilbriest sind denn auch dem Gehilfenvertreter eine ganze Anzahl gebarnharter Proteste gegen das unverständliche Verhalten der Prinzipale übermittlelt worden mit der Forderung, nicht eher in Verhandlungen einzutreten, bis der Antrag auf Herabsetzung der Feuerzuzulagen zurückgezogen sei. Als nach Beendigung der Tarifausgleichung Kollege Köhler (Halle) in einer starkbesetzten Versammlung Bericht darüber erstatten wollte, war die Erregung über das inzwischen bekannt gewordene Ergebnis derart gestiegen, daß ein Antrag, dem Referenten nur eine Redezeit von einer Stunde zu gewähren, damit die Diskussionenredner in ausgiebiger Weise zum Worte kommen könnten, mit großer Mehrheit angenommen wurde. Wenn der Referent trotzdem länger sprechen konnte, ohne von der Versammlung daran gehindert zu werden, wenn auch oftmals Unterbrechungen erfolgten, so zeugt dies dafür, daß die Kollegenchaft doch noch objektiv genug war, die mitbevolte Tätigkeit der Gehilfenvertreter zu würdigen. Mehr oder minder scharf wurden aber von fast allen Diskussionsteilnehmern die geringen Ergebnisse kritisiert. Von einem Abbau der Feuerzuzulagen könne in absehbarer Zeit gar keine Rede sein. Die Erhöhung der Feuerzuzulagen um 10 Mk. für Magdeburg ist durchaus ungenügend, da weder eine Erhöhung des Sozialzuschlags noch eine Herabsetzung der Arbeitszeit, die im Hinblick auf die große Zahl von Arbeitslosen dringend nötig war, erfolgt ist. Die Versammlung gab ihrem Unmut über das mangelnde sozialpolitische Verständnis der Prinzipale bei der diesmaligen Tarifausgleichung in einer einstimmig angenommenen Entschließung Ausdruck. Darin wird das Ergebnis als vollständig unzulänglich und den augenblicklichen Verhältnissen nicht im geringsten Rechnung tragend bezeichnet. Erstaunt sei man vor allem, daß die geringe Erhöhung erst am 1. Oktober in Kraft treten soll, zumal gegen die bisherigen Verhältnisse sogar Verschlechterungen eingetreten sind. Die Gehilfen hätten erwartet, daß ihre Vertreter bedarflichen minimalen Zuständen ihre Zustimmung verleihe, die Verhandlungen abgebrochen und das Reichswehrministerium um Fällung eines Schiedspruchs angerufen haben würden. Dieses würde jedenfalls unsere Forderung besser gewürdigt und ein eventuellem Schiedspruch uns ein besseres finanzielles Ergebnis gebracht haben. Befordert wurde, daß bei zukünftigen Abmachungen mit der Prinzipalität die Gehilfenvertreter nicht mehr bindende Beschlüsse fassen können, sondern der Gewerkschaft die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des ersten Ergebnisses überlassen wird. Infolge der vorgeschrittenen Zeit konnte der Vorstehende Anbiter nur noch die wichtigsten Beschlüsse der Bezirksleiterkonferenz in Halle bekanntgeben, unter denen besonders erwähnenswert ist, daß im gegenwärtigen Augenblicke davon Abstand genommen werden soll, Bezirksversammlungen abzuhalten, da sich voraussichtlich Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres solche als notwendig erweisen dürften.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Änderungen des Deutschen Buchdruckerarbeits von 1912. Unter diesem Titel ist das vom Tarifamt angeklindigte Bildchen nunmehr erschienen. Es enthält auf 32 Seiten sämtlich vom 1. Oktober 1919 ab gültige Änderungen des Tarifs, die durch Übergangsbestimmungen hervorgerufen sind und von den zuständigen Tariforganen beschloßen worden sind. Allen Gehilfen sei die Anschaffung dieses tariflichen Ratgebers im eigenen Interesse dringend empfohlen. Gegen vorherige Einfindung von 60 Pf. wird er jedem Besteller vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, portofrei zugestellt. Bei mehr als 100 Exemplaren stellt sich der Preis auf 50 Pf. pro Stück.

Organisation des Arbeitsmarktes für das graphische Gewerbe Schlesiens. In einer Sitzung des Sonderausschusses für Arbeitsfragen des Volksrats für Schlesien gelangten bereits vor längerer Zeit bemerkenswerte Vor-

schläge über eine zweckentsprechende Regelung der Arbeitsvermittlung im graphischen Gewerbe zur Annahme. Die Demobilisierungskommission in Breslau, Oppeln, Legnitz wurden darin unter eingehender Begründung der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit ersucht, den Arbeitsnachweis der Buchdruckerarbeitsgemeinschaft Kreis IX (Schlesien) Breslau, Kupferstraße 7, als einziger zuständiger, nicht gewerkschaftlicher Arbeitsnachweis für gelehrte Facharbeiter jeder Art in Buchdrucker- und Schriftsetzereien hinsichtlich der den Arbeitgebern auferlegten Meldepflicht für offene Stellen anzuerkennen und dem Schlesischen Arbeitsnachweisverband entsprechende Mitteilung zu machen. Ferner wird den genannten Demobilisierungskommissionen vorgeschlagen, den Buchdrucker- und Schriftsetzereien die Pflicht aufzuerlegen, offene Stellen für die Erfüllung des Buchdruckerhandwerks unter Angabe der Lehrbedingungen dem Breslauer Arbeitsnachweis der Tarifgemeinschaft anzumelden, vor dem Abschlusse von Lehrverträgen die Personalisten des Jugendlichen dem Arbeitsnachweis anzumelden, sein Gutachten über beabsichtigte Vertragsabschlüsse zu hören, den Abschlusse eines Lehrvertrags unter Angabe der Personalisten des Lehrlings und der Lehrbedingungen dem Arbeitsnachweis anzugeben. Der Schlesische Arbeitsnachweisverband wird ersucht, den ihm angeschlossenen Arbeitsnachweisen aufzutragen, sofort ihre Arbeitsvermittlung und Lehrstellenvermittlung für das graphische Gewerbe einzustellen und sämtliche Stellen- und Arbeitsgesuche an den tarifgemeinschaftlichen Arbeitsnachweis in Breslau weiterzugeben. Der Arbeitsnachweisverband wird ersucht, selbst entsprechend zu verfahren. Weiter wird die Handwerkskammer ersucht, den Innungsausschüssen eine gleiche Verpflichtung hinsichtlich der Lehrstellenvermittlung aufzuerlegen und selbst entsprechend zu verfahren. Der Schlesische Arbeitsnachweisverband wird ersucht, Städte, in denen die Lehrstellenvermittlung in anderen Händen liegt, dem Vorstand des Zentralvolksrats zwecks entsprechender Ersuchen nachhaft zu machen. Auch die Kriegsverlethensfrage für die Provinz Schlesien, Breslau (Landesversicherungsanstalt), soll die Unterbringung der Kriegsverlethten dem Breslauer Nachweis überlassen. Es verdient schließlich noch besonders hervorgehoben zu werden, daß diesen auf eine größere Selbstständigkeit und ausgedehntere Wirksamkeit hinauszielenden Bestrebungen des Breslauer Nachweises unserer Tarifgemeinschaft sowohl von den Vertretern der Prinzipalität als auch der Gewerkschaft zugestimmt wurde. Das gleiche geschah seitens der Vertreter der Handwerkskammer, des Schlesischen Arbeitsnachweisverbandes und des schlesischen Arbeitsamtes Breslau. Die Arbeitsvermittlung im graphischen Gewerbe wird somit für die ganze Provinz Schlesien auf zentraler Grundlage einheitlich durchgeführt, was sicherlich im Interesse einer gesunden Entwicklung der graphischen Industrie dieses Landes gelegen ist.

Gachunterricht an der II. Berliner Handwerker-Schule. Von der Direktion werden wir gebeten, zum Nutzen etwaiger Interessenten unter unsern Kollegen darauf hinzuweisen, daß an der genannten Schule (höhere kunstgewerbliche und technische Anstalt, Andreasstraße 1-2) Gehilfen und Lehrlinge Gachunterricht in den Veroleistungsverfahren der Photographie erhalten können. Nach dem Unterrichtsplane werden die Unterrichtsfächer Druck und Wiederdruck für Buchdruck, Altklee und Flachdruck Montags, abends von 5 bis 9 Uhr, behandelt. Als weitere Ergänzung bietet sich in der Schule Gelegenheit zum Zeichnen und Malen sowie für weitere Ausbildung in besonderen Fachklassen für Chemie.

Professor Winterstein †. Nach langem Leiden verstarb der Professor an der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig, Erhard Winterstein. Eine langjährige Lehrtätigkeit verband ihn mit der Akademie, und viele Generationen erlernten unter ihm die Grundelemente des Zeichnens nach der Natur.

Streik im Chromolithographischen Gewerbe. In einer in Berlin abgehaltenen, von etwa 2000 Bezugsangehörigen der chromolithographischen Anstalten und photographischen Kunstdruckanstalten besuchten Versammlung wurde der Beschluß gefasst, bis zur Anerkennung des Tarifvertrags durch die bis dahin freibewerbenden Unternehmer sofort in den Streik zu treten. Folgende Forderungen lösten den schwerwiegenden Beschluß aus: Die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen sind am 30. August nach 7 1/2 stündiger Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Wolff folgendermaßen festgesetzt worden: Der Wochenlohn soll betragen für männliche Arbeiter 105 bzw. 95, für weibliche Arbeiterinnen über 18 Jahre 55 bzw. 50 Mk., unter 18 Jahren 50 bzw. 45 Mk., für weibliche Arbeiterinnen von 14 bis 18 Jahren 25 bis 45 Mk. Die Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer am 5. September tagenden Versammlung diesen Schiedspruch an. Der Termin für Annahme dieses Schiedspruchs war am 13. September abgelaufen, die Arbeiterchaft teilte die Annahme des Schiedspruchs dem Schlichtungsausschuss mit, die Unternehmer erklärten dem Schlichtungsausschuss, die Forderungen nicht zahlen zu können. In dem absehnenden Verhalten der Unternehmer vermochte die Arbeiterchaft nur eine Verböhnung ihrer berechtigten Forderungen zu erblicken. Die Versammlung beschloß deshalb nach eingehender Diskussion, sich nicht mehr länger durch die Unternehmern hinziehen zu lassen, und den Kampf mit ihnen aufzunehmen.

Geistlich-irrlische Brüder. Dem Generalsekretär des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, Sib Berlin, sich Kardinal v. Hartmann folgenden einstimmigen Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz zugehen: „Dringend erwünscht im Interesse der Ehrlichkeit unter den deutschen

